

Aus unserer Kriegswirtschaft.

Mit jedem Tage, den dieser Krieg währt, ist es klarer geworden, daß die Feinde die Zerstörung der wirtschaftlichen Macht Deutschlands mit nicht minder heißem Bemühen wie die Vernichtung seiner politischen Geltung anstreben. Ja, mit der durch unseren und unserer Verbündeten Siegeslauf den Feinden gekommenen Erkenntnis, daß Deutschland militärisch unüberwindlich ist, hat sich der Eifer, unser Wirtschaftsleben zu erdrosseln, nur desto mehr bei ihnen erhöht. Es ist zu ihrem Kampfruf, zu ihrer letzten Hoffnung geworden, daß Deutschland und mit ihm seine Freunde wirtschaftlich ausgehungert werden müssen und können. Was die Abschneidung der Zufuhr von Lebensmitteln aus überseeischen Gebieten nicht besorgen kann, das soll die Absperrung jeder Anfuhr von Rohstoffen für die Industrie tun. Der Hunger und die Erschöpfung der Rohstoffvorräte für den Kriegsbedarf wie überhaupt für alle wichtigen Industrien, diese beiden unheimlichen Gesellen, sollen uns, so wähnen unsere Feinde, schließlich doch noch um die Früchte unserer Siege bringen. Und, um ganz sicher zu gehen, haben sie die Idee des ewigen Handelskrieges ausgeklügelt, der im Frieden den Kampf mit den Waffen ablösen soll.

Die Aufgaben, die unserer Volkswirtschaft aus solchem tückischen, völkerrechtswidrigen Gebaren der Feinde erwachsen, waren ungeheuer. Daß sie überhaupt bislang gelöst werden konnten, und daß wir auch für die Zukunft keine ersten Sorgen zu hegen brauchen, ist eine Leistung, auf die wir mit ebensolcher Genugtuung wie auf die Taten unserer Heere blicken können. Mit dem vollkommensten Recht schon deshalb, weil uns der Krieg in wirtschaftlicher Beziehung überraschte und auf diesem Gebiete unvorbereitet vorfand, ferner weil von Hause aus nicht mit einer so langen Dauer des Krieges zu rechnen war. So erklärt es sich ja auch, daß die Kritiken an unserer wirtschaftlichen Kriegsorganisation im Grunde darauf zurückgehen, daß nicht überall frühzeitig genug die Gesetze der Kriegswirtschaft zur strengen Anwendung gekommen sind. Es wäre ungerecht, darunter die Wertschätzung der Arbeit derer leiden zu lassen, die vom Kriegsbeginn an gegen schier unüberwindliche Schwierigkeiten mit unermüdlichem Eifer gekämpft haben. Leicht prägt sich ein Schlagwort wie das von der „Umstellung der Friedens- in die Kriegswirtschaft“ ein; was aber zu leisten war und was ständlich fortgesetzt geleistet wird, um diese Umstellung immer vollkommener zu gestalten, entzieht sich gemeinhin den Blicken.

Eine derjenigen Institutionen, die ein wesentliches Verdienst an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft im Kriege haben, ist der Kriegsausschuß der deutschen Industrie. Sogleich in den ersten Kriegstagen erschien er auf dem Plan: Am 8. August 1914 wurde er gemeinsam vom Zentralverband Deutscher Industrieller und dem Bunde der Industriellen in einer Sitzung gegründet, an der auch der Staatssekretär des Innern und Bevollmächtigte des Bundesrats teilnahmen. Als Programm stellte der Ausschuß auf: Ein planmäßiges Zusammenwirken der bereits vorhandenen industriellen Organisationen für eine kraftvolle Arbeitsteilung und die zweckmäßigste Verwendung der vorhandenen nationalen wirtschaftlichen Kräfte, nicht allein für unsere Landesverteidigung an den Grenzen, sondern auch für die Versorgung des inneren Bedarfs während der Dauer des Krieges. Im einzelnen: Eine systematische Verteilung und Unterbringung der Angestellten und Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie; Unterstützung und Beschäftigung notleidender Industriezweige durch außergewöhnlich in Anspruch genommene Industrien; schnellste Verbreitung der Lieferungsausschreiben der Behörden; Herausgabe von Mitteilungen über die im Kriege erlassenen Gesetze usw.; Auskunftserteilung in Verwaltungs- und Rechtsfragen; Sammlung der industriellen Kräfte auch für die Förderung allgemeiner nationaler Zwecke.

So wirkte der Kriegsausschuß daran mit, daß zu Beginn der kriegerischen Verwickelungen die Nachfrage nach Erntearbeitern in kurzer Zeit gedeckt werden konnte. Nicht minder wichtig war damals die Unterbringung der in der Luxusindustrie durch den Krieg beschäftigungslos gewordenen Arbeiter. Der Kriegsausschuß arbeitete hierbei Hand in Hand mit der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und dem Verband deutscher Arbeitsnachweise sowie mit dem Reichsamt des Innern und dem preußischen Handelsministerium. Es bestand eine dauernde Fühlungnahme mit der vom Reichsamt des Innern errichteten Reichsarbeitszentrale. Auf der anderen Seite übernahm der Kriegsausschuß für seine Mitglieder die Bearbeitung der Gesuche um Befreiung vom Waffendienst, um den Betrieben die für ihre Fortführung notwendigen Kräfte zu erhalten.

Um eine planmäßige Regelung des Lieferungs wesens zu erzielen, setzte sich der Kriegsausschuß unverzüglich mit dem Kriegsministerium und dem Reichsmarineamt in Verbindung. Der Industrie wie der Heeresverwaltung wurde in gleicher Weise damit gedient. So arbeitete z. B. der Kriegsausschuß gemeinsam mit dem Kriegsministerium wiederholt bei den Lieferungen für Kriegsmaterial, für Kriegsverpflegung, -bekleidung und Sanitätsdienst. Auf Vorschlag des Ausschusses wurden von Seiten der Feldzeugmeisterei die technischen Institute der Militärverwaltung angewiesen, alle größeren Aufträge sofort dem Ausschuß bekannt zu geben, der alsdann die in Betracht kommenden Interessen benachrichtigte.

Um die Beseitigung von Mißständen im militärischen Lieferungs wesens hat sich der Kriegsausschuß in der Tat große Verdienste erworben. Auf manchen Gebieten hatte das Unwesen der gelegentlichen Vermittlung einen solchen, den Staat sowohl wie die Fabrikanten schädigenden Umfang angenommen, daß überall die Erkenntnis aufkam, so könnte es nicht weitergehen. Der Ausschuß hat eifrig daran gearbeitet, dort die Heeresverwaltung, hier die Fabrikanten über die geeigneten Wege zur Beseitigung der Uebelstände aufzuklären. Dabei ergab sich, gleichsam nebenher, der besondere Vorteil für die Heeresverwaltung, daß auch Lieferungen größten Umfanges rasch untergebracht und ausgeführt wurden, ohne daß irgendwelche überflüssigen Spesen aufzuwenden waren.

Hand in Hand mit der Regelung des Lieferungs wesens ging die Regelung der Materialbeschaffung. Es ergab sich die Notwendigkeit einer Beschlagnahme wichtiger Rohstoffe durch die Heeresverwaltung. Der Ausschuß wirkte auf der einen Seite an der verstärkten Heranschaffung von Rohmaterial, andererseits daran mit, daß die des Materials bedürftige Industrie an die richtigen Quellen kam, so z. B. für Metall, Benzin, Oel usw.

Des weiteren stellte das Kreditbedürfnis der Geschäftswelt an den Kriegsausschuß von Kriegsbeginn an große Anforderungen. Er arbeitete gegen die rigorose Kreditentziehung nach dem Grundsatz, daß in der Kriegszeit der Gläubiger bis zur Grenze der Möglichkeit Nachsicht zu üben habe, wie es demgegenüber auch die Pflicht jedes Schuldners sei, seinen Verpflichtungen bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit nachzukommen. Der Ausschuß wurde zu allen Verhandlungen wegen Schaffung von Kriegskreditinstituten hinzugezogen.

Von Nutzen war der Industrie ferner das Interesse, das der Ausschuß der möglichst reichlichen Gestellung von Güterwagen entgegenbrachte. Er erreichte bei den amtlichen Stellen bald wesentliche Erleichterungen der Güterbeförderung und deren Bereitwilligkeit, in dringenden Fällen den Wünschen der Industrie betreffs Gestellung von Güterwagen für Beförderung von Waren und Rohstoffen, namentlich zur direkten und indirekten Herstellung von Kriegsmaterial, gerecht zu werden. Der Produktion wie dem Verbrauch wurde so genutzt und in vielen Fällen drohender Betriebseinstellung und Arbeitslosigkeit vorgebeugt.

Zu unserer wirtschaftlichen Kriegführung gehörten auch die Ausfuhrverbote, nicht nur für die unbedingt zum Kriegsbedarf gehörigen, sondern auch für die mittelbar zu seiner Deckung geeigneten Industrieerzeugnisse. Der Kriegsausschuß hat auf Grund von Gesuchen der verschiedensten Gewerbebezweige bei den Behörden in vielen Fällen, je nach Bedarf und unter besonderen Kautelen, Beschränkungen der Ausfuhrverbote erzielt, wobei die mannigfachsten Interessen in nicht immer leichter Weise auszugleichen waren.

Andererseits versah der Kriegsausschuß in wiederholten Fällen Industrien mit Warnungen vor Ausfuhr, nachdem ihm zur Kenntnis gekommen, daß sich Frankreich und Rußland auf dem Wege über das neutrale Ausland die betreffenden deutschen Erzeugnisse zu beschaffen suchten.

Viel Mühe wandte der Ausschuß der Hebung der Rechtsunsicherheit zu, die infolge der Mobilmachung entstand. Er schuf eine besondere Rechtsberatungsstelle, welche sich einmal den Rechtsverhältnissen im Inlande, alsdann denjenigen im Verkehr mit dem neutralen Ausland widmete. In ersterer Beziehung ließen das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmern, der Fortgang der Versicherungspflicht im Rahmen der sozialen Gesetzgebung, die plötzliche Kreditstockung, die Annullierung von Aufträgen, in letzterer Beziehung die Geschäftsverbindungen mit dem neutralen Auslande und die Einforderung von Außenständen daselbst viele Rechtsfragen entstehen.

Soviel nur über die besonders in die Augen springenden Punkte des freiwilligen Arbeitsgebiets dieser großen industriellen Organisation. Ihre Tätigkeit macht indes nicht an den Grenzen der Forderungen der Gegenwart halt, sondern erstreckt sich bereits mit zielbewußtem Eifer auf die wichtigsten Fragen der Zukunft.

Naheliegende Gründe verbieten es, darüber in der Öffentlichkeit zu reden. Nur soviel sei erwähnt, daß sich der Ausschuß besonders der so überaus bedeutsamen Frage der Sicherung deutscher Forderungen im Auslande sehr energisch annimmt, wobei er vor allem für eine unter amtlichem Zwange vor sich gehende Registrierung der deutschen Forderungen im feindlichen Auslande eintritt. Darüber hinaus sucht der Ausschuß die Regierung von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß schon jetzt alles ins Auge zu fassen sei, was die Rechte und Ansprüche der deutschen Exportindustrie im feindlichen Auslande nach Friedensschluß zu sichern vermag. Die kräftige Wiederaufnahme des deutschen Außenhandels und des Exports der deutschen Industrie nach dem Kriege ist in der Tat nur dann gewährleistet, wenn unser Handel und unsere Industrie nicht ihre von der Zeit vor Kriegsausbruch im Auslande bestehenden Rechte und Ansprüche einbüßen.

Ebenso wie hierüber hat der Kriegsausschuß über die Regelung des Rohstoffbezuges nach dem Kriege der Regierung praktische Vorschläge unterbreitet. Ueberhaupt betrachtet er es als seine Aufgabe, mit allen Mitteln und Kräften dahin zu wirken, daß der Friede uns wirtschaftlich nicht so unvorbereitet treffe wie der Krieg. Die Schwierigkeiten, welche die Ueberleitung aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft bieten wird, werden keine geringen sein. Daß sie schon heute von einer so mächtigen industriellen Vertretung, wie es der Kriegsausschuß der deutschen Industrie ist, gewürdigt werden, bürgt dafür, daß sie auch befriedigend überwunden werden. G. M.